

D1 Chronologie der Proteste

Juli/August 1948

Nach Einführung der freien Preisbildung bei gleichzeitigem Lohnstopp kommt es zu teilweise erheblicher Teuerung von Produkten in den Westzonen.

Die zuständigen Preisüberwachungsstellen sanktionieren nur selten.

"Kein Mensch kann verkennen, daß die seit Wochen anhaltende Preisentwicklung nicht nur größte soziale Gefahren in sich birgt, sondern auch [...] aus der berechtigten Mißstimmung weitester Kreise über diese Preisentwicklung politische Gefahren drohen." (Arbeitnehmergruppe der CSU, 3.8.1948)

August 1948: Erste Protestwelle - Kaufstreiks und "Anarchie auf den Warenmärkten" (DGB)

In fast allen größeren Städten Bayerns, Hessens, Niedersachsens, Nordrhein-Westfalens und im Südwesten kommt es zu teilweise handgreiflichen Auseinandersetzungen und Kaufstreiks auf den Wochenmärkten, auf denen die Preise für ein Ei auf 50 Pfennige gestiegen waren.

Die zunehmend von örtlichen Gewerkschaften organisierten Streiks erreichen eine deutliche, aber nicht dauerhafte Preisreduktion. Auf den Kundgebungen wurden die Aufgabe der freien Preisbildung, Bewirtschaftung der Grundversorgung, Lohnerhöhungen, Rücktritt Erhards und Mitbestimmung in den Betrieben gefordert.

14. August 1948

Tausende Demonstranten protestieren in Stuttgart unter dem Motto "Herunter mit den Preisen" gegen die Wirtschaftspolitik des Frankfurter Wirtschaftsrates

Q1 Bericht über die Demonstration in Stuttgart am 14. August 1948:

„Herunter mit den Preisen“ steht auf einem Plakat, das Demonstranten am 14.08.1948 während einer Demonstration in Stuttgart mit sich führen. [...] Mehrere 1000 Menschen zogen zu den Kaufhäusern, auf den Wochenmarkt [sic] und vor das Rathaus, um gegen die im Verhältnis zu den Löhnen und Gehältern zu hohen Preise von Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen zu protestieren. Geschäftsleute reduzierten daraufhin unmittelbar ihre Preise um bis zu 300 Prozent. Ein Verkäufer von Kochtöpfen auf dem Markt setzte z.B. den Preis pro Topf von 9,50 auf 2,50 Mark herab. Die überhöhten Preise waren eine Folge der Währungsreform, die am 21.06.1948 in den drei estzonen in Kraft getreten war.“

Bild und Bildbeschreibung: dpa-Foto Nummer 8386198., zit. Nach Fuhrmann, a.a.O., S. 186

25. August 1948

Höhepunkt der Proteste mit 100 000 gewerkschaftlich organisierten Demonstranten in München.

Zweite Protestwelle Oktober/November 1948

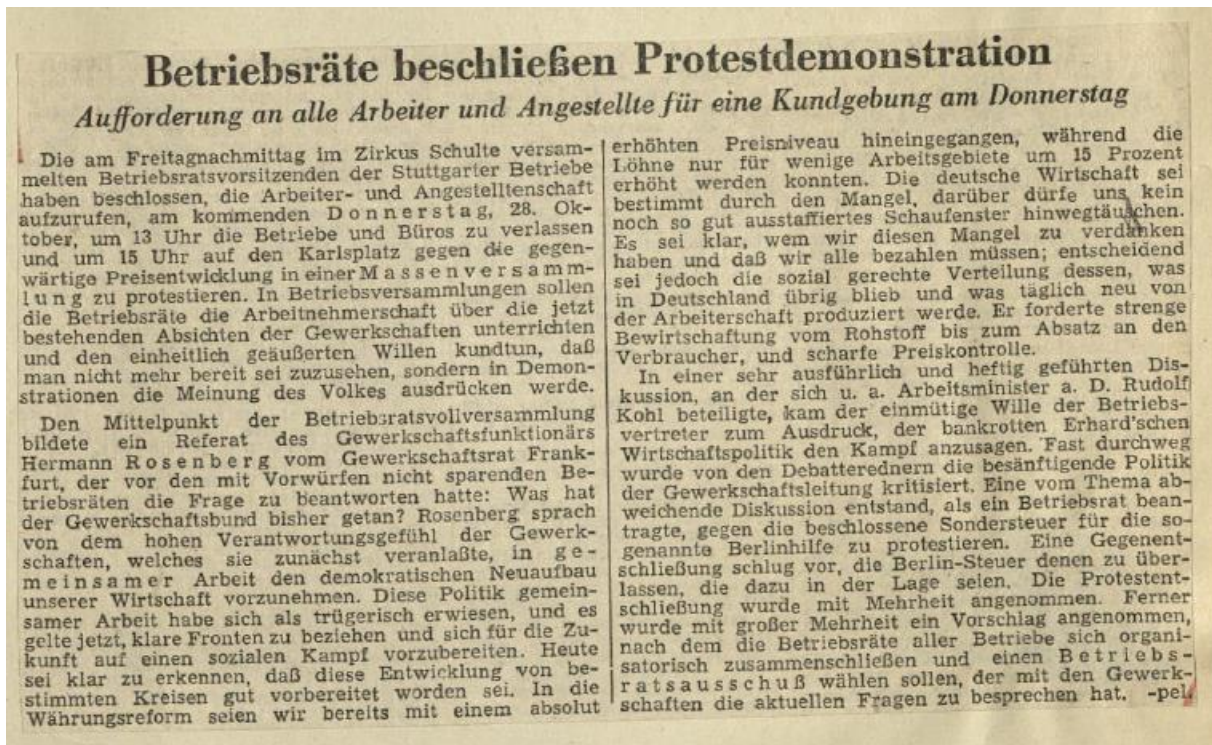
20. Oktober 1948

Gewerkschaftlich organisierte Protestkundgebung mit 80 000 Teilnehmern in Mannheim: Rücktrittsforderung an Erhard

Am gleichen Tag finden ebenso in Heidelberg, Karlsruhe und Weinheim Protestkundgebungen gegen "Preiswucher" statt.

Hintergrund zu den Stuttgarter Protesten: Proteste und die Gewerkschaftsbewegung in den Westzonen

Q2 Bericht über den Beschluss und Aufruf der Stuttgarter Betriebsräte zur Massenversammlung am 28.10.1948, Stuttgarter Zeitung vom 23.10.1948



D2 Der Historiker Roland Müller schreibt über die Proteste und die Gewerkschaftsbewegung 1948 in Stuttgart:

Von Anfang an gerieten die Gewerkschaften in Württemberg-Baden in grundsätzliche Konflikte mit der US-Militärregierung. Diese setzte anstelle einer starken Einheitsorganisation das Säulenmodell verschiedener Berufsgewerkschaften durch und wollte die Gewerkschaften als quasi unpolitische Organisationen auf Fragen der Löhne und der Arbeitsbedingungen begrenzen. Die Gewerkschaften forderten demgegenüber „Mitarbeit und Mitbestimmung bei Planung und Durchführung von Wirtschaftspolitik“ mit dem Ziel der Überwindung der kapitalistischen zugunsten einer sozialistischen Wirtschaft. Im Detail gab es dabei zwischen sozialdemokratisch und kommunistisch orientierten Gewerkschaftern erheblich unterschiedliche Auffassungen.

Seit 1946 kam es wiederholt zu Protestaktionen – zum einen wegen der politischen Konflikte über die Wirtschaftsordnung, zum anderen wegen des Mangels an Gütern des täglichen Bedarfs sowie der in den Städten teils katastrophalen Versorgungslage. Letztere bildete den Ausgangspunkt erster Proteste im Sommer 1946; es handelte sich zumeist um spontane betriebliche Aktionen. Ende Oktober 1946 forderte der Bosch-Betriebsrat gar die Todesstrafe für Schwarzhändler sowie Kontrolle der Produktion, der Verteilung der Lebensmittel und sonstiger Bedarfsgüter durch die Betriebsräte und Gewerkschaften. Ende März 1947 streikten im Land einige tausend Arbeiter gegen eine weitere Kürzung der Rationen; die Betriebsräte drohten, keine Verantwortung mehr für die Arbeitsdisziplin der Belegschaften übernehmen zu können. US-Gouverneur Sewall reagierte seinerseits mit Druck und verlangte unter Androhung

Hintergrund zu den Stuttgarter Protesten: Proteste und die Gewerkschaftsbewegung in den Westzonen

schärfere Maßnahmen von der Gewerkschaftsführung, „der Militär-Regierung bei der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung unbedingt behilflich sein.“ Tatsächlich verweigerte die Gewerkschaftsleitung den Betrieben wiederholt die Zustimmung zu Streikaktionen.

Die Basis hatte dafür kein Verständnis. Als bei einer Betriebsräteversammlung Ende Januar 1948 Ernährungsminister Stooß eine weitere Kürzung der Rationen verteidigte und der Sprecher des Gewerkschaftsbundes die Ablehnung von Streikmaßnahmen rechtfertigte, kam es zum Eklat. Die Gewerkschaftsführung musste klein begeben; sie rief für den 3. Februar 1948 zum Generalstreik auf, dem ersten nach dem Krieg: „Unsere Protestaktion richtete sich nicht nur gegen die geplante und bereits angeordnete Kürzung der Fettration, sondern gegen den ungleich gedeckten Tisch“. Das erste Halbjahr 1948 galt hinsichtlich der Versorgungslage als „das schlechteste und das drückendste der Nachkriegsjahre“.

Heftige Kontroversen gab es auch um die Regelung der Betriebsverfassung. Nach Artikel 23 der Verfassung stand den Betriebsräten das Recht zu, „in allen beruflichen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen gleichberechtigt in der Leitung des Betriebes mitzuwirken und mitzubestimmen“. Der Landtag verabschiedete am 7. Februar 1947 ein entsprechendes Gesetz, das die Militärregierung jedoch kassierte. Ein neuer Entwurf aus dem – damals noch KPD-geführten Arbeitsministerium - wurde im Frühjahr innerhalb der Landesregierung verworfen, dann verwässert und nach viel Hinundher in einem neuen Kompromiss am 13. August 1948 beschlossen. Die SPD stimmte dem Gesetz trotz der Defizite und einigen Abstimmungsniederlagen noch bei der abschließenden Beratung zu. Ihr Abgeordneter Kleinknecht, zugleich führender Gewerkschaftsfunktionär, nannte in einer persönlichen Erklärung das Gesetz trotz der Mängel und Lücken besser als den vorherigen gesetzlichen Zustand. Aber auch dieses Gesetz suspendierte die Militärregierung Anfang Oktober 1948.

Roland Müller, Der „Stuttgarter Tumult“ vom 29. Oktober 1948 – Protest im Spannungsfeld von Währungsreform und Kaltem Krieg, in: Haus der Geschichte (Hrsg.), Wege in ein neues Leben. Die Nachkriegszeit, Stuttgart 2017, S. 121-148, hier S.126/7